



LUPE

Zeitung
für Jugendliche



Nr.4/1978

Oktober/Nov-
ember/Dezember

- DFG/VK
- Partnerarbeits-
zeit
- Umwelt

INHALT

EDITORIAL

| | |
|----------------------------|----|
| Jugendzentrum | 3 |
| Mitwirkungsmodell | 3 |
| Aktionswoche Jugendzentrum | 4 |
| Das Resümee | 5 |
| Leserbriefe | |
| Grüne statt Liberale | 6 |
| " " " | 7 |
| Gefängnissskandal in Werl? | 8 |
| Humor/Satire | |
| 2,7, nichts außer 2,7! | 10 |
| Partnerarbeitszeit | 17 |
| Umwelt | 15 |
| DFG/VK stellt sich vor | 13 |
| Rubriken | |
| Aufgespiess | 9 |
| Vorgestellt | 2 |
| Impressum | 2 |

Wie man hören konnte, fehlte es in letzter Zeit an Aktionen der DJB im Hochsauerland. Dies wollen wir jetzt mit einem Info-Stand, einem Diavortrag und einer Fete nachhohlen.

VORGESTELLT

Diesesmal ist Martin Westermann an der Reihe, er ist 16 Jahre alt, besucht die 11.Klasse einer beruflichen Schule in Bigge-Olsberg.

Adresse: Lohmannstr.54
Arnsberg19

Seine Hobbys sind Moped fahren, Mitarbeit im Jugendbegegnungszentrum und Musikhören.

Wer Interesse hat kann sich über ihn direkt an uns Jungdemokraten wenden.



LUPE

Zeitung für Jugendliche

Herausgeber: Liberale Schüleraktion der Deutschen Jungdemokraten(DJD), Kreisverband Hochsauerland.

Leitender Redakteur: Martin Ottensmann(Verantwortlich im Sinne des Presserechts).

Redakteure: Karl-Peter Brendel; Thomas Jarck; Jürgen Klein; Horst Kloppsteck; Sigrid Ottensmann; Hans-Peter Schulte; Herbert Wiedermann; Martin Westermann; Roger Leonhardt; Volker Welter; Christiane Saurenhaus.

LUPE erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Redaktionsanschrift: Martin Ottensmann
Am Kanzelweg 10
5760 Arnsberg 2 Tel.(02931/14787)

Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1.1.1978

Druck: Stephanie Heismann, Bonn Auflage: 1.500

Hinweis: Anzeigen und Beilagen entsprechen nicht der Meinung der Redaktion. Sie dienen ausschließlich der Finanzierung der Zeitung.

Redaktionsschluß für das Heft Nr. 1/1979: 30. Dezember 1978

ACHTUNG!!! Viele Aktionen geplant! näheres S.4

Jugendzentrum

Für das Jugendzentrum in Arnsberg 1 wurde folgendes Mitwirkungsmodell vom JWA angenommen

.....
S T A D T R A T beschließt:
Konzeption, Stellenplan,
Haushalt (dieser sollte nicht unter dem
Ansatz des Vorjahres liegen, mit Ausnahme
einer allgemeinen Haushaltssperre)
.....

↓ schlägt vor

.....
J W A berät, beschließt und schlägt
vor: Konzeptionsänderungen und
Haushalt
Aber keine eigenen Änderungen unabhängig
vom Hausrat
.....

↓ schlägt vor

.....
H A U S R A T
Für den Leiter: konstruktives Vetorecht bei allen Entscheidungen

2 Vertreter

3 Hauptamtliche

5 Vertreter

Aufgaben: Gesamte Organisation des Hauses,
Pädagogische Maßnahmen diskutieren und be-
schließen, Konzeptionsänderungen ausarbeiten,
Finanzplan erarbeiten

wählen

wählen

.....
Kandidaten der
Ehrenamtlichen
und Honorar-
kräfte
.....

.....
H A U S B E S U C H E R aktives und passives Wahlalter:
14-25 Jahre
.....

Das Jugendzentrum den Jugendlichen



Jugendinitiative Arnsberg

JWA = Jugendwohlfahrts-
ausschuß
AKJBZ = Arbeitskreis Ju-
gendbegegnungszentrum

Die Wahl durch die Jugendlichen soll erst 6 Monate nach der Eröffnung erfolgen. Bis dahin wählt der AKJBZ 5 Vertreter, die aber nicht aus dem AKJBZ sein müssen. Das Wahlverfahren und die Mitwirkung der Kinder wird während dieser Übergangszeit festgelegt.

Die Mitwirkung bei Personalfragen ist durch ein Gesetz geregelt: nur der Träger (hier die Stadt) kann darüber entscheiden wer angestellt wird oder nicht. Der AKJBZ hat daraufhin eine Empfehlung abgegeben, in der der JWA aufgefordert wird den Hausrat bei Personalfragen anzuhören.

ai

amnesty international

Die Arnberger Gruppe von Amnesty international betreut seit April 1976 eine indonesische Lehrerin, die seit mehr als 10 Jahren inhaftiert ist. Dazugekommen ist seit Herbst 1977 auch wieder Abdelwahad Belkadir aus Marokko.

Die Gruppe wird hauptsächlich von Spenden getragen.

Folgende Aktionen sind geplant:

ANFANG NOVEMBER:

Marokko- Aktion

MITTE NOVEMBER :

in OREVENTROP

Film und Informationsabend und Mitwirkung bei einer Messe

10.12. 1978

Infostand und

eventuel Filmabend

zum "Tag der Menschenrechte".



Aktionswoche Jugendzentrum

In der Woche vom 4.11. bis zum 10.11 wird in Arnberg eine Aktionswoche Jugendzentrum veranstaltet.

Sie wurde von der JZI im AKJZ vorgeschlagen und soll helfen, einen möglichst großen Mitarbeiterstamm für das Jugendbegegnungszentrum zu werben. So werden von Jugendlichen für Jugendliche eine Reihe von Veranstaltungen angeboten, die zeigen sollen, wie und was man im JBZ machen kann.

Am Samstag, den 4.11. sind viele Stände, Flohmarkt, und ein Konzert vorgesehen. Im Verlauf der Woche gibt es dann ein Fußballturnier, Filme, Diskussionen, Theater und vieles mehr.

Wir Jungdemokraten machen selbst einen Stand, das Fußballturnier zu werben. Und vielleicht noch einen Diavortrag, in der Reihe unserer Anti-Nazismus-Kampagne. Genaueres wird in der Bresse noch veröffentlicht.



Point of View in Ar2

Am 1. Dezember im Jugendzentrum - ab 19 Uhr

Am 1. Dezember veranstalten wir Jungdemokraten eine Fête im Alt-Arnberger Jugendzentrum in der Jahnstraße.

Das ist vor dem ersten Samstag im Monat. Point of View ist sicherlich ein guter Ersatz für den Plattenspieler mit seinem Disco-Sound.

Beginn der Veranstaltung ist 19 Uhr, aber wer Lust hat kann schon früher

kommen, und sich Informationsmaterial holen. Wir freuen uns über jeden, der Interesse zeigt. Wir sind natürlich auch bereit, mit Euch über Eure Probleme, aber auch über aktuelle Themen zu sprechen und zu diskutieren.



Jugendzentrum

Das Resümee:

DAS JUGENDZENTRUM DEN JUGENDLICHEN - dies war der Wahlspruch der Jugendinitiative, SDAJ und JUSO's. Doch was ist daraus geworden? Nicht genug, daß sich die Verwaltung alle Möglichkeiten zur Kontrolle der Jugendlichen gesichert hat, auch die Jugendinitiative hat voll zugeschlagen. Sie hat intensiv in dem Unterausschuß mit dem JU, im Arbeitskreis und in der Jugendwohlfahrtssitzung für "ihr" fortschrittlich formuliertes "konstruktives Vetorecht" plädiert. Das Wort "konstruktiv" mußte in der Sitzung des JWA aus rechtlichen Gründen gestrichen werden. Es ist betrüblich zu sehen, was aus der einzigen Forderung nach der größtmöglichen Selbstständigkeit geworden ist: Beim Versuch, unabhängig von der Verwaltung zu werden, ist die Initiative voll in die nächste Abhängigkeit geschlidert! In die Abhängigkeit des Hausleiters.

Mag die Person Gerd Hohmann vielleicht wirklich auf Seiten der Jugendlichen stehen, doch muß er unbedingt ein Vetorecht erhalten! Allein die Vorstellung, daß Gerd Hohmann in einigen Jahren Neheim verläßt, und wir dann mit einer anderen Person konfrontiert

werden, vielleicht mit den Auffassungen und dem Verständnis von Jugendarbeit wie die eines Josef Sobanski.

Die Jugendinitiative hatte einmal fast 300 Jugendliche hinter sich, die im Glauben waren, daß diese Initiative ihre Interessen nach größtmöglicher Freiheit auch wirklich vertrete. Dies ist nicht geschehen! Ein Vetorecht und Selbstverwaltung! Ein Witz, aber ein sehr trauriger. Die Jungdemokraten werden weiter nach ihren Forderungen arbeiten: Gegen ein Vetorecht - DAS JUGENDZENTRUM DEN JUGENDLICHEN! (Diese Parole stammt von den Jungdemokraten von einem Flugblatt für die erste Versammlung am 10. 1. 77)

Auch die Verwaltung hat sich noch schnell ein Hintertürchen, besser Beobachtungsposten, besorgt. Auf der Ausschusssitzung hat man schnell zwei Personen des Jugendamtes noch in den Hausrat eingebracht, mit "beratender Funktion". Sicherlich werden wir Stadtjugendpfleger Josef Sobanski in diesem Kreis begrüßen dürfen. Allerdings sollte man nicht alle Stadtvertreter nur negativ beurteilen. Heinz Taprogge hat sich,

sei es im Arbeitskreis oder in der Jugendwohlfahrtsschusssitzung, wirklich sehr stark für die Interessen der

Jugendlichen nach größtmöglicher Freiheit eingesetzt.

Eines noch: Es macht wirklich keinen Spaß, nach 1 1/2 Jahren ein solches Resümee ziehen zu müssen - gerade im Hinblick auf die "Jugendinitiative".

Jürgen Klein

Der Kommentator / Von Lorenz



Im Zuge der Lockerung des Radikalismus...



... ist vorgesehen...



... ist ihnen Lehren die Umarmen zu gestatten.



Schon wenn der Haas noch sehr rot sein sollte

Leser- meinung



'Wir erhielten mehrere Leserbriefe zu unserer Lupe 3/78, was zeigt, daß unsere Lupe starkes Interesse findet. Leider müssen wir sie aus Platzmangel kürzen, wir hoffen, den Inhalt nicht geändert zu haben, aber wie immer-Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder.

Der erste Artikel, der kritisiert wurde, war: 'Grüne statt Liberale?'

Nachdem die Grünen zuletzt in Hessen sich immer mehr zersplittert haben, scheint ein Erleichterungsseufzer durch die Reihen der Liberalen zu gehen. Waren die Grünen nur eine kurze Episode, kann der liberale Trott weitergehen? Manche scheinen zu übersehen, daß aller Anfang schwer ist, daß auch die FDP Jahre brauchte, um ihre heutige Organisation und ihre Durchsetzungskraft zu erreichen. Doch bei allem Spekulieren wird allzuleicht vergessen, was die Motive für

das rot-braun gesprenkelte Aufbegehren der Grünen der Grünen sind:
-da ist der Umweltschutz mit seinen auf Grund von 'Sachzwängen' verdrängten Reformen, verbunden mit einer kritiklosen Wachstumsideologie.
-da sind der Radikalerlaß, der Abbau von Freiheitsrechten, Arbeitslosigkeit, Steuerbelastung und die Hydra einer allmächtigen Verwaltung.
-da ist eine generelle Ideen- und Perspektivlosigkeit der Politiker, die heute nur noch das Machbare bestimmt.

Gerade die etablierten Parteien haben hier oft genug versagt. Die Grünen stellen daher eine der möglichen Reaktionen auf das Agieren der Parlamentsparteien dar. Eine verfrühte, ja hysterische Antwort seitens der FDP zeugt von einer Existenzangst, die die kritische Anregung dieser Alternativgruppen außer acht läßt. Der konstruierte Zusammenhang zwischen dem Scheitern der Grünen und dem 'Verschwinden' der FDP scheint nicht gegeben, denn gerade die Politik der FDP ist einer der Gründe für den Un-

mut weiter Kreise der Bevölkerung. Auch wenn die Grünen noch keine Antwort auf viele Fragen der Nicht-Umweltpolitik geben können, bilden sie doch eine berechtigte Alternative zum Bonner All-Parteien-

Gerade die fortschrittlichen Liberalen müssen begreifen, daß das Abwenden von Existenzgefahren noch keine Änderung der Parteilinie mit sich bringt.

Die Verdammung der Grünen aus taktischen Gründen mag politisch opportun erscheinen, eine Lösung drängender Probleme verhindert sie nur. Ihr Ableben bedeutet keinen Aufwind für die fortschrittliche FDP. Der alte Trott scheint vielmehr vorprogrammiert. Und wem nützt das?

Hartmut Kupitz



Noch ein Leserbrief zu diesem Thema von Monika Ottensmann: Ich habe den Wahlkampf zu den Bürger-schaftswahlen in Hamburg mitbekommen und habe einige Kritikpunkte, die ich in Stichworten zusammenfasse:

1. Auf kleinem Platz eine Einschätzung der Situation bezüglich der Bildung von "Grünen" bzw. "Bunten" Listen zu geben ist leider oberflächlich geworden.

Lesermeinung:

- Die GLU Niedersachsen ist wohl inhaltlich nicht mit der CDU gleichzusetzen!
- Es ist ein Erfolg, daß sich die verschiedensten politischen Richtungen durch echte Kompromisse für ein Wahlbündnis zusammenschließen, abgesehen vom Wahlerfolg. Langfristig bedeutet es Auseinandersetzung, aber ohne Unvereinbarkeitsbeschlüsse.
- Zuerst existierte in Hamburg die "Bunte Liste - Initiative für Demokratie und Umweltschutz", die sich mit Umweltschutz und auch mit Frauen-, Schwulen-, und Kinderproblemen befaßt.
- Die Situation im Bundesgebiet ähnelt der in Hamburg: -Spalterkandidaturen durch rechte Grüne (GAZ Gruhl und Beddermann's GLU's). Bürger(Basis-)initiativen werden außer acht gelassen.



-Massenmedien berücksichtigen nur die rechten GLU's (In Hamburg würde die "Bunte-Liste" gegenüber der GLU nur am Rande erwähnt, die "Bunte-Liste" ist aber die stärkere Gruppe.) Oder: In Berichten über den hessischen Wahlkampf war kein Wort über die "Grünen", weil es die "linken" sind.)

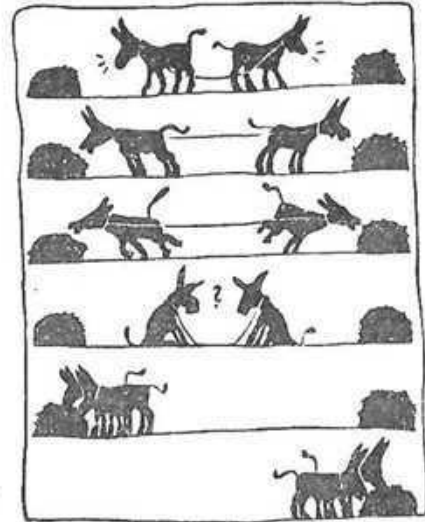
-von rechts wird durch Spalterkandidaturen ein gemeinsames Vorgehen der Umweltschutz- und Demokratiebewegung verhindert, d.h. Schwächung beider Seiten-keine 5%-Gefahr für die bürgerliche Politik.

6. Du meinst, daß die Liberalen wegen der Grünen und Bunten rausgeflogen sind.

In Hamburg hat die FDP ihre Stimmen aber sowohl an SPD und CDU, und nicht mehr als diese beiden auch an die "Bunten" verloren. Also liegen die Gründe für das Scheitern der FDP woanders, z. B. bei der eigenen Politik. In Hamburg ist zwar die FDP linker/fortschrittlicher als die SPD, aber scheinbar wirklich nur in Hamburg (siehe Bundespolitik). Außerdem war Klose die populäre Persönlichkeit.

Dies sind nur kurz die wichtigsten Kritikpunkte. Ich würde mich freuen, wenn ihr noch mehr über dieses Thema berichten würdet, da es in NRW auch aktuell ist, wenn's geht nicht von vorne herein so abwertend.

Zusammenarbeit



Wenn einer hilft, einer hat. Denn ist das Leben wirklich schwer?

Jedoch gemeinsam, wie ihr seht. Die Sache geht viel leichter geht.

Gefängnisskandal in Werl?

Dieser Leserbrief kommt von Hans-Jürgen Villnow:

1. Der Konjunktiv ist überholt. Im inhaltlichen ist er falsch. Staatsanwalt und Richter waren bemüht, den Wahrheitsbeweis zu den menschenverachtenden Bedingungen in der Werler "Totenmühle" aus dem Prozeß herauszuhalten. Der Prozeß zog sich von vorne herein an der Form der Aussage hoch. Die inhaltliche Richtigkeit wurde nie angezweifelt. Ihr aber zweifelt über den Konjunktiv die inhaltliche Richtung an, was schweißliberal ist.

Lesermeinung:

2. Kai hat sich zu keinem Zeitpunkt von dem Flugblatt distanziert, sondern stellte sich voll hinter Inhalt und Form der Aussage. Er wußte nur nicht, daß er für das Flugblatt verantwortlich war und kannte den Inhalt bis zur Anklageschrift nicht. Es ist falsch, wenn ihr schreibt... Der Hauptbeschuldigte sprach sich als erster vom Flugblatt los. (Er kann sich nicht erst von etwas lossprechen und sich gleichzeitig damit einverstanden erklären)

3. Wenn der SA (Staatsanwalt), das Recht auf Meinungsäußerung anerkennt, hat er sich bereits vor Anklageerhebung an der Wahrheitsfindung zu beteiligen. Denn selbst wenn die Form einer Aussage möglicherweise objektiv beleidigend ist, der Sachverhalt aber richtig dargestellt ist, handeln die Informanten, um berechnete Interessen zu wahren. Dann ist eine Strafverfolgung ausgeschlossen.

Die Richtigkeit unserer Aussagen nicht anzuzweifeln und trotzdem einen Beleidigungsprozeß wegen der möglicherweise beleidigenden Form der Aussagen durchzusetzen, gerät in den Verdacht der Erfüllungshilfe der Politischen Polizei (14.K., deren Chef Schwefer ist). Dies könnte der Einglie-

derung einer Opposition, ähnlich den Berufsverböten, gleichkommen.

5. Den Freispruch im Prozeß vom 28.4. (gegen den der SA inzwischen Berufung eingelegt hat, der also noch nicht rechtskräftig ist) könnt ihr nur vordergründig für gerecht halten, da die Haftbedingungen in Werl immer noch die Gleichen sind. D.h., das Ziel der Flugblattverteiler ist noch nicht erreicht. Für Euch hört die Gerechtigkeit wohl schon beim Freispruch auf, dessen Ziel mundtot zu machen sein scheint.

Anmerkung der Redaktion:

Zum Punkt 1 ist zu sagen, daß wir den Konjunktiv gewählt haben, weil

- 1. uns nur Informationen über diesen Skandal aus einer Richtung vorlagen;
- 2. Handlungen erst bewiesen sind, wenn der jeweilige Schuldige verurteilt worden ist.

Uns ist auch bewußt, daß der Inhalt angezweifelt wurde, und deshalb es sehr wahrscheinlich ist, daß die Vorfälle wahr sind.

In Punkt 2 wird etwas falsch dargestellt, die Worte 'vom Flugblatt distanziert' stammen nicht etwa von uns, sondern von Kai. Es ist ganz klar ein Gegensatz zur späteren inhaltlichen Einverständniserklärung

, dient aber nur dem Entzug der Verantwortung im juristischen Sinne.

Im übrigen ist es nach unserer Meinung nicht von Bedeutung, ob die Vorfälle in einem Beleidigungsprozeß oder in einem separaten Prozeß mit dem Justizvollzugsbeamten auf der Anklagebank geklärt werden. Diese Anklageerhebung fordern wir ausdrücklich.

Wenn dieser Prozeß nicht stattfindet, ist für uns wie für Euch klar, daß die Vorfälle durch den Beleidigungsprozeß totgeschwiegen werden sollen.

Es gibt viel zu tun

Packen wir's an.



Sympathisanten?

Aus: Flugblatt von Hans-Jürgen Villnow

Noch einmal etwas Allgemeines zu Leserbriefen: Sie sind uns immer willkommen, dabei kommt es uns nicht auf die politische Richtung an. Wir möchten aber bitten sich kurz zu fassen.

AUF GESPIESST...

Durch Zufall traf ich neulich einen guten Bekannten auf einer öffentlichen Veranstaltung. Ich war sehr verwundert, denn er hätte zu dieser Zeit im Knast sein müssen, wie man mir erzählte. Ich glaubte, man hätte mir einen Bären angebunden und fragte ihn selber. Also, das mit dem Knast sei richtig, er mache nur gerade einen Ausflug. Jetzt fühle ich mich erst verarscht und bat ihn, mir mal alles der Reihe nach zu erzählen. Er hatte sich nach einer feucht-fröhlichen Fête zu Fuß auf den Heimweg gemacht. Allerdings wurde er nach kurzer Zeit von zwei Polizeibeamten, die durch seine leichte Zick-Zack-Linie auf ihn aufmerksam wurden, gestoppt. Aus seinem Ausweis entnahmen sie, daß er noch keine 18 Jahre alt war, und somit hätte er um kurz nach 11 schon lange zu Hause sein müssen. Sie baten ihn, mit auf die Wache zu kommen, aus welchem Grund ist nach wie vor ungeklärt. Er meinte darauf hin, er müsse seinen Eltern erst Bescheid sagen, damit sie sich keine Sorgen um ihn machen. Einer der Polizeibeamten war bereits ausgestiegen und hielt ihn im Polizeigriff fest. So fühlte er sich, meiner Meinung nach mit Recht, etwas stark beengt. Da er im Judo

kein Neuling war, wußte er sich schnell zu helfen und legte den Polizisten aufs Kreuz. Durch den am Boden liegenden, blutenden Polizisten wurde ihm langsam bewußt, was er getan hatte und er leistete keinen Widerstand mehr. Nach zwei offiziellen Schreiben bekam er dann seine Verhandlung. Sein damaliger Zustand wurde berücksichtigt und er wurde zu zwei Wochenendarresten verknackt. Am ersten Wochenende bewohnte er ein sehr renovierungsbedürftiges Verließ, wie er feststellte. Er wollte nur aus dem Fenster schauen, da fielen ihm schon beide Gitter entgegen. Der Reiz war zu groß. Mit einem Bettlaken seilte er sich ab und startete seinen Ausflug. Aber zum Abendessen, so versicherte er mir, sei er wieder zurück.



*Euer
Wylly*

MÄRCHEN

 Es war einmal ein Mann. Der hatte es allein durch seiner Hände redliche Arbeit in unserer Leistungsgesellschaft zu großem Reichtum gebracht. Und morgen, liebe Kinder, erzähle ich ein anderes Märchen.



2,7! Nichts außer 2,7!

(Szene: Der Schulte, Theo, in der 12. Klasse eines humanistischen Gymnasiums in M. ist zu einer Untersuchung bei der Schulpsychologin Frau Dr. Sommerzeit eingeladen.)

T=Theo, A=Ärztin)

- A: Guten Tag, Theo. Ich bin Dr. Sommerzeit. Deine Mutter meinte, wir sollten uns mal unterhalten.
- T: Was für ein Arzt sind sie denn, das hätte ich ja doch gerne gewußt!
- A: Schulpsychologin. Keine Bange, das tut nicht weh. Weißt Du, ein Psychologe ist für die Schule ungefähr das, was Colgate für die Zähne bedeutet; Vorbeugen ohne aber fest zubeißen zu müssen. Aber, wie geht es Dir? Hast Du Probleme in der Schule?
- T: Das habe ich mir doch gleich gedacht. Meine Mutter macht sich also Sorgen um mein Fortkommen.
- A: Du bist sehr nervös, Theo, nicht?
- T: D DD DDDD Da Das ist ja auch kk kke kein Wunder, b bb bei dem Leistungsdruck.
- A: Du hast Angst?
- T: Ja, daß ich die 2,7 nicht schaffe.
- A: Also der Numerus clausus ist es. Bist Du der Meinung, daß Du ihn bewältigen kannst?
- T: Ja, ich glaube schon. Aber es gibt da ja eine Menge Hindernisse.
- A: Sicher, allerdings sind Hindernisse bekannterweise dazu da, sie aus dem Wege zu schaffen.
- T: ...sie aus dem Wege zu schaffen. Fein, daß Sie das auch sagen. Der Charles Bronson, der immer rot sieht, der hat das auch in seinem Film gesagt und das ist nun mein Wahlspruch geworden.
- A: Ah, so? Stehst Du gut zu Deiner Klasse?
- T: Ich komme eigentlich sehr gut mit. Nun, es ist aber eben sehr schwierig.
- A: Eine Auslese muß halt immer getroffen werden.
- T: Stimmt, da gebe ich Ihnen voll recht, Meine Klasse wird ja auch ständig kleiner. Es ist schlimm, furchtbar schwierig das Ganze. Meine Freunde, meine Klassenkameraden wollen alle mit 2,7 abschließen.
- A: Aber Du kommst gut mit ihnen aus. Du mußt wissen, Schulfreundschaften sind Freundschaften für das ganze Leben.
- T: Das hat unser Direktor gestern auch so formuliert, beim Begräbnis von Bornemann.
- A: War das Dein Freund?
- T: Das war mein Kamerad.
- A: Erklär mir doch mal bitte den Unterschied.
- T: Das ist so. Ich habe neulich einen Kriegsfilm gesehen. Da wurde erklärt, wenn ein Kamerad an Deiner Seite fiel, bedeute das ja auch ein Gefühl der Freude, nämlich daß du noch lebst, es dich nicht erwischt hat. Und im Krieg wie in der Schule.

2,7! Nichts außer 2,7

- A: Lassen wir das lieber. Wovon haben wir gerade gesprochen?
- T: Von meinem Kamerad Bornemann. Ich wäre glatt in Deutsch hängengeblieben, wen er mir nicht geholfen hätte.
- A: Also siehst Du, dann war es doch Freundschaft. Er hat Dir freiwillig geholfen.
- T: Ja, er hat mir freiwillig geholfen, sonst hätte ich schließlich seinem Vater erzählen müssen, daß er Autos knackt. Und da war es ihm schon viel lieber, mir freiwillig in Deutsch zu helfen. Es beruht eben alles auf Gegenseitigkeit. Wie so vieles im Leben.
- A: Und was hast Du ihm beigebracht?
- T: Autos knacken.
- A: Von Deinen Jugendjahren will ich jetzt nichts wissen. Mich interessiert die Schule. Du bist also nicht hängengeblieben.
- T: Ich nicht, der Bornemann.
- A: Ach der. Worin?
- T: Im Wald.
- A: Ich meine, an was ist er hängengeblieben?
- T: Am Hals. Der Leistungsdruck war das.
- A: Sieh mal. Ich will Dir ja helfen. Ein gesunder, tüchtiger junger Mann muß auch mit sowas fertig werden. Was hast Du denn bei seinem Tod gedacht?
- T: Ich? 2,7. Nichts außer 2,7.
- A: Du willst also unbedingt studieren?
- T: Ja, es wäre schon besser. Und deshalb habe ich nach dem regulären Unterricht noch einen Kurs in Kung-Fu belegt.
- A: Das ist ja ein schönes Hobby, aber ob Dich das schulisch weiterbringt?!
- T: Das würde ich nicht sagen. Seitdem ich auf dem Schulhof praktiziere, traut sich eigentlich niemand so recht, eine 2 zu schreiben.
- A: Auf die Dauer geht das aber nicht.
- T: Da haben Sie völlig recht. Die lerne ja schließlich richtig, einem aus dem Wege zu gehen. Vor vier Wochen noch hat der Becker mich verhauen.
- A: Und was hast Du gemacht?
- T: Ich habe mir LSD besorgt.
- A: Das hilft nicht.
- T: Nun, dem Becker hat es geholfen. Der liegt jetzt auf der Psychiatrischen. Und... wieder ein Streber weniger.
- A: Deine Klasse scheint aber besonders problematisch zu sein. Ich habe mich erkundigt, es haben sich schon eine ganze Reihe von Schülern das Leben genommen und immer die Besten.
- T: Im Krieg trifft es halt immer die Besten.
- A: Wie stehst Du mit Deinen Lehrern?
- T: Die leben alle noch.
- A: Ich meine, wie kommt Du mit ihnen aus?
- T: Gut, bis auf den Deutsch-Lehrer. Der hat mir viermal eine 4 gegeben. Aber der ist ja auch jetzt beurlaubt.
- A: Krank?
- T: Nein, mehr eine Sache mit dem Radikalenerlaß.
- A: Und wie kommst Du mit dem Neuen aus?
- T: Prima, weil der hat jetzt auch Angst, daß ich ihn anzeige.
- A: Theo, in einer Klasse wie der deinen, kann es ja sein, daß auch Du dem Schulstreß erliegt. In Deiner Not schreckst Du dann auch vor dem Kuferaten nicht zurück. Nicht?
- T: Sie meinen, ich mir das... Nein, nie und wenn ich der letzte Überlebende der 12. Klasse bin!
- A: Theo, ich kann Dir nicht ganz glauben. Ich muß Dir leider sagen, Deine Mutter hat eine Pistole bei Dir gefunden.

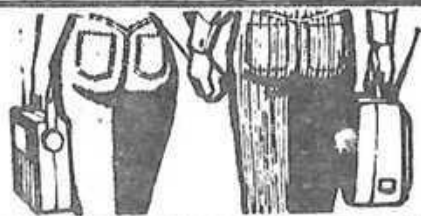
T: Ach du meine Güte. Etwa auch das E 605?
 A: Nein.
 T: Gott sei dank! Ich dachte schon, sie hätten den Neumeier obduziert.
 A: Hast Du ihm E 605 besorgt?
 T: Ja, dem hab ichs besorgt.... Der hat doch in einer Woche eine 1+ und eine 2- geschrieben. Sagen Sie selbst, ist das noch fair?
 A: Ja, wenn der so gut war, warum hat der sich denn dann das Leben genommen?
 T: Der Leistungsdruck, der Leistungsdruck war das.
 A: Ich hoffe, Du machst nicht auch solche Dummheiten.
 T: Ich, ich paase in unserer Klasse auf wie ein Schießhund.
 A: Dann kannst Du ja auch sicher sein, die 2,7 zu schaffen.
 T: Ich bin froh, daß Sie das sagen. Der einzige, der mir noch im Wege stand, war der Pleschka. Aber der ist ja jetzt auch...
 A: Hat er auch E 605 genommen?
 T: Der Pleschka? Nein! Der hat nie etwas getrunken. Der war ja immer so vor-sichtig. Der Pleschka war ein Streber wie er im Buche steht.
 A: Entschuldige, Theo, war...?
 T: Ja, er ist neulich... tödlich... Erschossen. Wieder der Leistungsdruck!
 A: Ein Wahnsinn. Der Primus geht hin und erschießt sich.
 T: Das war ein kluger Kopf. Das einzige was jetzt noch in diesem Kopf steckt, ist eine Kugel, aus einer Piretta.
 A: Theo, Deine Pistole ist doch auch eine Piretta.
 T: Richtig, das ist auch eine Piretta. Es muß eben jeder sehen, wie er mit dem Leistungsdruck fertig wird...

E N D E

2,7! Nichts außer 2,7!

Stell's Radio ein,
 wo immer Du bist.
 Laß TV Dich erfreuen,
 wenn im Freien
 Freizeit ist!

Interfunk



RADIO BUCHARDT

Gutenbergplatz und Alter Markt

DFG/VK stellt sich vor:

Die Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK) ist eine unabhängige Vereinigung von Menschen verschiedener Weltanschauungen und unterschiedlicher politischer Auffassungen, die sich einig sind in dem gemeinsamen Ziel und ihrem Willen, dem Krieg und seiner Vorbereitung jeden Dienst zu verweigern und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

Bereits im November 1892 wurde die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG) gegründet. Die DFG steht seit ihrer Gründung in der aktiven Friedensarbeit. Vor dem I. Weltkrieg führte sie einen kompromißlosen politischen Kampf gegen den deutschen Militarismus und forderte die allgemeine Abrüstung. 1919 verlangte sie die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht. Mit der Warnung "Stahlhelm und Hakenkreuz sind Deutschlands Untergang" kämpfte sie gegen den deutschen Faschismus. Fünf ihrer Mitglieder, darunter v. Ossietzky, erhielten den Friedensnobelpreis.

Die Internationale der Kriegsdienstgegner, der Verband der Kriegsdienstverweigerer und die DFG, die sich 1974 zur DFG/VK zusammenschlossen, trugen wesentlich zur Herausbildung eines antimilitaristischen Bewußtseins in der BRD bei. Sie stellten sich entschieden gegen die Wiederbewaffnung, beteiligten sich führend an der

Bewegung "Kampf dem Atomtod" und an den Ostermärschen der Atomkraftgegner. Sie veranlaßten in vielen Aktionen die konsequente Verwirklichung des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung, führten als erste eine bundesweite Aufklärungs- und Protestaktion zur Beendigung des Vietnamkrieges durch und forderten die Beendigung des Kalten Krieges durch Anerkennung der politischen Realitäten in Europa. Mit dem Abschluß bilateraler Verträge über Gewaltverzicht und Zusammenarbeit und der Fortführung des Entspannungsprozesses durch die KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) wurden langjährige Forderungen der heute in der DFG/VK vereinigten Verbände erfüllt.

Der gemeinsame Einsatz für friedenspolitische Ziele förderte die Bemühungen um einen Zusammenschluß. Heute ist in der DFG/VK die Einheit der Kriegsdienstgegner verwirklicht.

WAS WILL DIE DFG/VK?

Die DFG/VK lehnt jeden Krieg ab, denn in ihrer Wirkung sind alle Kriege gleich - sie alle bringe Tod und Vernichtung, Not und Zerstörung über die Menschheit. Kriege lösen keine Probleme, sie lösen nur neue,

meist gefährlichere Konflikte aus. Im Atomzeitalter bedroht der Krieg die Grundlagen der Zivilisation und allen menschlichen Lebens überhaupt. Die DFG/VK kämpft daher mit aller Entschiedenheit gegen jeden Krieg und jede Interventionsanmaßung und tritt prinzipiell für die friedliche Regelung aller Konfliktsituationen ein.

Von dieser grundsätzlichen Position her lehnt sie auch eine Unterscheidung in "gerechte" und "ungerechte" Kriege ab. Diese Haltung hindert sie jedoch nicht an einer politischen Bewertung kriegerischer Handlungen; das haben u.a. ihre Protestaktionen gegen die US-Kriegsführung in Vietnam und ihre aktive Solidarität mit den Betroffenen dieses Krieges bewiesen.

Im Hinblick auf einen Kernwaffenkrieg, der den physischen Untergang der Menschheit bedeuten würde, verlieren jedoch alle denkbaren Bewertungskriterien ihren Sinn. Die einzig sinnvolle Unterscheidung kann hier alternativ und prinzipiell nur noch zwischen den Maßnahmen, die einen solchen Krieg als das größte aller vorstellbaren Verbrechen an der Menschheit überhaupt erst ermöglichen

und dem Kampf um seine Verhinderung getroffen werden.

Von dieser Erkenntnis ausgehend, bekennt sich die DFG/VK zu einer Politik, die den Frieden und die internationale Sicherheit durch den Verzicht auf jede Anwendung und Androhung von Gewalt gewährleistet. Sie begrüßt daher die umfassenden Vereinbarungen über eine Neugestaltung der zwischenstaatlichen Beziehungen, wie sie von den Teilnehmerstaaten der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) beschlossen wurden.

Aber die erzielten Fortschritte in den politischen Entscheidungsbeziehungen erfordern unabdingbar auch Konsequenzen im militärischen Bereich. Die Realisierung der Forderung nach allgemeiner, gleichzeitiger und kontrollierter Abrüstung als unerlässliche Voraussetzung zur Stabilisierung der politischen Spannung ist lebenswichtig.

Im Jahre 1960 veröffentlichte die Norwegische Akademie der Wissenschaften statistische Berechnungen des Genfer Historikers Jean-Jaques Babel. Danach wurde in den letzten 2610 Jahren der Geschichte 165 mal der Versuch unternommen, den Frieden durch Wettrüsten zu bewahren. In 1640 Fällen führte dies zum Krieg, in den rest-

lichen 16 Fällen war wirtschaftlicher Ruin die Folge... Die gegenwärtige Politik des Wettrüsters sichert also den Frieden nicht, sondern bedroht ihn mit ständigem Kriegesrisiko. Mit dem Hinweis, daß Wettrüsten "zu Zeiten" einen Zustand des Nichtkrieges beinhaltet, kann man sich nicht zufrieden geben.

Millionen Menschen sterben jährlich den Hungertod. Doch die Summe der offiziellen Ausgaben für Entwicklungshilfe entspricht nur dem 15. Teil der Rüstungsausgaben in der Welt. Solche verzerrten, inhumanen Prioritäten sind erschreckend. Rüstung bedeutet nicht nur in Kriegen Tod und Elend, sondern jeder dieser hungernden Menschen vorenthaltene Pfennig tötet und schafft Elend. Damit ist jedem Argument der Rüstungsbefürworter auch die letzte moralische Legitimation entzogen.

Die Verweigerung jeglichen Kriegsdienstes erachtet die DFG/VK als eine demonstrative, individuelle Handlung gegen Krieg und Kriegsvorbereitung. Der Kriegsdienstverweigerer gewährt sie Schutz, Hilfe und eine radikale Vertretung ihrer Anliegen. So verlangt sie die endgültige Abschaffung der Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer. Das Prüfungsverfahren bedeutet nicht nur eine Beeinträchtigung des Grundrechtes auf Kriegs-

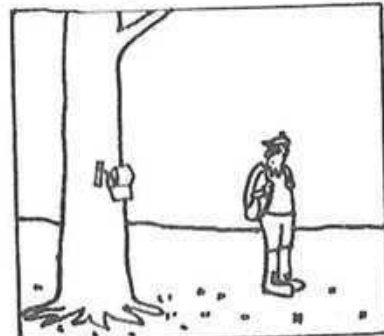
dienstverweigerung, sondern die Eliminierung seines Kernbestands, die Eliminierung der Gewissensfreiheit. Denn heute weiß jeder: Gewissen ist nicht prüfbar! Die Gewissensprüfung ersetzt somit Recht durch Willkür, und das in einem Staat, der sich liberaler Rechtsstaat nennt und in dessen Verfassung der Gewissensfreiheit ein besonderer Platz vorbehalten ist. Für viele junge Menschen bedeutet diese Gewissensinquisition Schikanie, Verfolgung, Emigration und Gefängnis. Erst in jüngster Vergangenheit wurden in NRW wieder zwei Kriegsdienstverweigerer inhaftiert, die sich gegen die Willkürscheidungen der inquisitorischen Prüfungsverfahren durch passiven Widerstand gewehrt hatten. Jeder sei an dieser Stelle zur aktiven Solidarität mit den verfolgten Kriegsdienstverweigerern aufgerufen (Spenden für inhaftierte Kriegsdienstverweigerer: Pöschel Essen, Konto-Nr.: 12739 39-431).

Doch wir lassen uns nicht einschüchtern. Das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung muß durch Inanspruchnahme geschützt werden. ADRESSEN: SIEHE SEITE 18

Umweltschutz Maßnahmen - Kernkraftwerke

Die Umwelt des Menschen wird sehr wesentlich auch von ökologischen Zusammenhängen geprägt. Die Ressourcen der Gesellschaft, z.B. Rohstoffe, sind nicht unendlich. Um Bedürfnisse nach diesen knappen Gütern zu befriedigen, brauchen wir für ihre Verwaltung eine gesamtgesellschaftliche Verantwortlichkeit anstelle der heute noch weitgehend privaten Verfügungsgewalt. Die Ungleichheiten, die bei der Erschließung, Verarbeitung und Verteilung dieser knappen Güter sowohl regional als auch international entstehen, müssen abgebaut werden.

Von der Verwirklichung dieser Grundsätze sind wir jedoch noch



aus: elan

weit entfernt. Auch wir Jungdemokraten müssen uns darüber noch weitere Gedanken machen. Kurzfristig gibt es jedoch schon folgende Schwerpunkte zu setzen:

- Es sollen Zertifikate eingeführt werden, die die Umweltverträglichkeit eines Produktes bestätigen
- Die Beweislast für die Unbedenklichkeit eines Produktes muß beim Hersteller liegen
- Das Verursacherprinzip muß konsequent angewandt werden. Die umweltfreundliche Vernichtung von Schadstoffen ist daher kostenpflichtig von deren Hersteller zu übernehmen
- Unternehmer, die zur Umgehung von Umweltschutzbestimmungen in andere Länder ausweichen, sollen keine Bürgschaften und Kredite aus öffentlichen Mitteln erhalten.

Langfristiges Ziel einer umfassenden Umweltpolitik muß ein Wirtschaftssystem mit zentraler Rahmenplanung, weitgehend dezentraler Produktion und zentraler Kontrolle des Produktionsergebnisses sein. Die staatliche Rahmenplanung muß insbesondere dort wirksam werden, wo dezentrale Einzelentscheidungen nicht zum

gesellschaftlich gewünschten umweltfreundlichen Ergebnis führen. Diese Planung müssen in die internationalen wirtschaftlichen Verflechtungen einge-

bettet werden. Dazu müßte ein internationales Verteilersystem für alle knappen Grundstoffe eingerichtet werden, um so sowohl Verschwendung als auch Bevorzugung und Diskriminierung zu vermeiden.

Innerhalb des Umweltschutzbereichs haben sich die Jungdemokraten besonders mit der Problematik der Kernenergie befaßt. Die Diskussion über die Anwendung der Kernenergie hat in der Öffentlichkeit erst begonnen, als die Bundesregierung und Energieversorgungsunternehmen die Entscheidung zugunsten der Kernenergie schon gefaßt hatten. Die Sicherheitsprobleme, sowohl in den Atomkraftwerken selbst, als auch in der Entsorgung (Atommüll) sind jedoch bisher in keiner Weise gelöst, sondern man vertraut geradezu blind darauf, daß sie sich schon lösen werden. Dem können sich die Jungdemokraten nicht anschließen. Angesichts der Tatsache, daß es zu unserer Energieversorgung genug Alternativen gibt, die in der bisherigen Energieforschung auf skandalöse Weise übergangen wurden, fordern wir: -die bestehenden Atomkraftwerke zum schnellstmöglichen

Zeitpunkt durch andere Kraftwerke zu ersetzen und stillzulegen

- für die in Bau befindlichen Kernreaktoren ist von behördlicher Seite ein sofortiger Baustopp anzuordnen
- Alle Bauvorhaben der geplanten Kernreaktoren sind nicht mehr zu genehmigen. Falls die Baugenehmigung schon erteilt worden ist, ist sie zurückzunehmen
- Die Entwicklung von weiteren Atomkraftwerken ist zu stoppen und die Kernenergieforschung ist darauf abzustellen, die Sicherheitsprobleme der bestehenden Atomkraftwerke zu lösen
- Verträge über den Verkauf kerntechnischer Anlagen, insbesondere an Staaten, die den Atomwaffensperrvertrag nicht ratifiziert haben oder deren politische und gesellschaftliche Struktur die Verwendung der gelieferten Anlagen zur Produktion von Atomwaffen als nicht ausgeschlossen erscheinen läßt, sind zu kündigen bzw. nicht mehr abzuschließen
- Die Subventionierung der Forschung zur Nutzung alternativer Energiequellen ist mit verstärkten Mitteln zu betreiben
- Wachsender Energiebedarf ist vorerst durch verstärkte Nutzung heimischer Energieträger



(Stein- und Braunkohle) Rechnung zu tragen

- Methoden zur Einsparung, Maßnahmen gegen Verschwendung und zur besseren Ausnutzung konventioneller Energieträger sind zu gebrauchen und weitere Möglichkeiten zu erforschen und durchzusetzen
- der progressive Stromtarif soll eingeführt werden.

Anstelle des z.Z. fortschreitenden Ausbaus der Kernenergie fordern die Jungdemokraten eine stärkere Forschung, Erprobung und Anwendung der zahlreichen und zum Teil unerschöpflichen Alternativen, z.B.

- Biogas: Aus landwirtschaftlichen Abfällen läßt sich durch Bakterien erdgasähnliches Biogas gewinnen, das für Heizungszwecke und Stromversorgung genutzt werden kann.
- Sonne: Sonnenkollektoren für Heizung und Warmwasser sind bereits heute konkurrenzfähig
- Geothermische Energie: Man kann Flüssigkeit in die Tiefe heißen Gesteins befördern und nach Erhitzen wieder hochpumpen. Mit der so gewonnenen Hitze können die Turbinen eines E-Werkes betrieben oder Häuser geheizt werden
- Wind: kleinere und mittlere Anlagen sind praktika-

bel zur Stromerzeugung von Häusergruppen. Ihre Technik ist bereits ausreichend erprobt. Mit Hilfe von Windenergie ließe sich bereits heute ein Fünftel des Atomverbrauchs konkurrenzfähig erzeugen.



Es gibt zur Kernenergie genügend Alternativmöglichkeiten, die jedoch bisher durch die Forschungspolitik wenig oder garnicht beachtet worden sind. Diese Alternativen sind wesentlich umweltfreundlicher als Kernenergie.

Dieser Artikel ist aus der Broschüre: "Auf einem Blick-Jungdemokraten" entnommen. Unsere Meinung zu den interessantesten Themen, wie z.B.: Strafvollzug, Emanzipation, Rüstung... Ihr könnt sie Euch kostenlos bei Martin Ottensmann Am Kanzelweg 10 Abg.2 bestellen.

DJD für Partnerarbeitszeit

Die diesjährige Landesdelegiertenkonferenz der Jungdemokraten in Nordrhein-Westfalen wandte sich dagegen, das Problem "Arbeitslosigkeit" auf dem Rücken der Frauen auszutragen. Deshalb halten wir Jungdemokraten die Bemühungen, durch die Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen das Beschäftigungsproblem anzugehen, für im Ansatz falsch:

"Teilzeitarbeit für Frauen, nur um die Wahrnehmung ihrer überrkommenen Rolle und Aufgaben mit Erwerbstätigkeit vereinbar zu machen, verfestigt die Rollenverteilung von Mann und Frau. Statt Teilzeit für den weiblichen Ehepartner und Vollzeitarbeit für den männlichen Ehepartner erstreben die Jungdemokraten im Sinne einer echten, beiderseitigen Emanzipation die Partnerarbeitszeit von 30 Wochenstunden für Mann und Frau." "Die Möglichkeit dieser gleichberechtigten

Partnerarbeitszeit muß verheirateten wie nicht-verheirateten Personen (Zusammenlebenden) ohne Diskriminierung im beruflichen Aufstieg gewährt werden." In der Begründung zu diesem LDK-Beschluß heißt es unter anderem: "Jede dritte der als Arbeitslos gemeldeten

Frauen sucht eine Teilzeitbeschäftigung. Teilzeitkräfte werden jedoch zuerst entlassen, zuletzt eingestellt und am schlechtesten entlohnt. Die Jungdemokraten halten Teilzeitarbeit in der heute herrschenden Form, nämlich als Zuerwerb der hauptsächlich familiär gebundenen Frau, daher

"Eine moderne Frau in einer modernen Küche an einem supermodernem Herd, was willst du noch mehr?"



Ihr Fachmann für

Foto-Arbeiten

schnell und preiswert!

OPTIK-FOTO ROTTLER

Neheim und Hüsten

5760 ARNSBERG 1 Bahnhofstraße 29
5760 ARNSBERG 1 Hauptstraße 3

Postfach 2240

Tel. (02932) 33-36
Tel. (02932) 2262



Jugendliche beim Durchsetzen ihrer Forderungen.

Viele gehen lieber Tanzen und winken nur müde ab, selbst wenn es um die eigene Sache geht: Weil es „echte“ Interessensvertretung für Schüler doch nicht gäbe. Sie halten die Wahlen zur Schülervertretung für ein Schauspiel, das nur einigen engagierten Schülern zur Selbstdarstellung dient.

Andererseits müssen sich gerade engagierte Schüler immer wieder vorhalten lassen, daß sie sich zu wenig einsetzen.

Kritisieren ist eine Sache, etwas tun eine andere.

Natürlich ist es viel einfacher, die anderen voran zu schicken. Und natürlich hat man auch nicht ungern einen Vorteil davon, wenn sie etwas erreichen.

Dann dürfen Sie sich aber nicht wundern, wenn nicht alles so ist, wie Sie es gerne hätten. Mit einer solchen Einstellung überlassen Sie anderen die Entscheidung.

Nehmen Sie die Wahlen zur Schülervertretung: Wenn Sie Ihr Wahlrecht nicht nutzen oder selbst nicht bereit sind, sich wählen zu lassen, wer soll Ihre Interessen vertreten? Am besten, Sie schließen sich Mitschülern an, die sich organisiert haben. In der

Liberalen Schüleraktion, der LISA.

Sie finden dort andere, die etwas tun wollen, mit denen Sie reden können. Und – je mehr Schüler mitmachen, um so mehr können sie erreichen.

Gerade in der Zeit nach der Wahl.

Und wenn es an Ihrer Schule noch keine LISA gibt, gründen Sie doch eine mit Ihren Freunden.

Nutzen Sie die Chance, die Sie schon haben. Wählen Sie und wählen Sie die Liberalen in die Schülervertretung.

An die Friedrich-Naumann-Stiftung, Bourscheidstr. 15, 5300 Bonn 1

Ich will mehr über die Friedrich-Naumann-Stiftung wissen.

Ich will mehr über LISA wissen.

Ich will wissen, wie und wo ich mich engagieren kann.

Name _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Ich bin Schüler der _____ Schule.

FRIEDRICH-NAUMANN-STIFTUNG